

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 2446 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 93 A

BERLIN • Donnerstag, den 21. April 1932

I JAHRGANG

An die Arbeiter aller Länder!

Aufruf zum 1. Mai.

(IGB). Am 1. Mai, dem hohen Feiertag der Arbeit, erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund seine Stimme, um den hehren Gedanken der internationalen Solidarität aufs neue und aufs nachdrücklichste zu bekunden.

Allüberall hin, über alle Schranken und Grenzen hinweg, möge dieser Ruf ertönen, ein Kampf Ruf, der alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Kapitalismus stärken soll. Alle sollen sich dessen bewußt werden, daß es noch eine Kraft gibt, die imstande ist, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren, sie aus höchster Not zu erlösen und eine neue Welt zu schaffen. Das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem kann kaum noch als das herrschende angesehen werden, da es die Herrschaft über die eigenen Produktionsmittel, über die Technik und seinen Gütertausch verloren hat. Der sich seiner Wirtschaftlichkeit rühmende Kapitalismus ist zum größten Vergewerter geworden. In den Händen der Kapitalistenklasse ist die Technik zum Fluch geworden. In ihrer Ratlosigkeit zerstören die Leiter der heutigen Wirtschafts- und Staatspolitik durch Abschnürung und Aufrichtung neuer Schranken die Reichtümer, die der Kapitalismus selbst geschaffen hat. Er vermag die ruhenden Arme nicht mehr in Bewegung zu setzen und dabei verrostet seine Maschinenanlagen.

Es gilt an diesem Feiertag der Arbeit, unseren unbeeinträchtigen Willen zum Ausdruck zu bringen, unseren Arbeitsbrüdern, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, Arbeit zu verschaffen. Alles, was diesem Zwecke dienlich ist, werden deshalb erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der Einführung der 40-Stunden-Woche. Gleichzeitig muß alles aus dem Wege geräumt werden, was der Behebung der Arbeitslosigkeit hinderlich ist. An Stelle der Fehrrationalisierung trete planvolle Leitung. Zusammenschluß ersetze Abschnürung, Menschenökonomie beseitige Verwüstung und Bruchlegung der Arbeitskraft. Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Erwerbslosen in der Welt fordert der Internationale Gewerkschaftsbund, daß aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft die zwingenden Folgerungen gezogen werden.

Am Feiertag der schöpferischen und wertschaffenden Arbeit erheben wir die Forderung nach Beseitigung der unproduktiven Militärrüstungen, die in sich selbst eine ständige Gefahr des Krieges und seiner Schrecken bedeuten. Den Ruf „Nie wieder Krieg!“ verstärken wir durch die Parole: Vernichtet die Mittel des Krieges! Die Welt darf nicht den Dividenden der Rüstungsindustrie geopfert werden. Alle Völker müssen sich gegen ihren gemeinsamen Feind wenden: die Rüstungsindustrie. Wir rufen das Gewissen der Menschheit im Namen der Millionen Kriegsgesopfer wach. Der Profitgier der Waffenfabrikanten, die von Tod und Zerstörung leben, setzen wir den entschiedenen Friedenswillen der Werktätigen und Schaffenden entgegen.

Noch nie ist so klar wie in dieser Krisenzeit, die mit der Gefahr des Krieges und des Faschismus schwanger geht, die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und die Notwendig-

keit internationaler Solidarität zutage getreten und noch nie hat sich so unabweisbar die internationale Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgedrängt.

Einiger und entschlossener als je muß das internationale Proletariat in dieser Zeit sein, denn von niemand anderem als von ihm selbst ist der Anstoß zur Bossergestaltung der Dinge zu erwarten.

Gegen Krieg, Munitions- und Rüstungskapitalismus!
Für Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung!
Gegen kapitalistische Anarchie, Arbeitslosigkeit und Hunger!

Für planmäßige Gemeinwirtschaft, Arbeit und Brot für alle!

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

W—er. Der Aufruf des IGB unterstreicht im wesentlichen die für organisierte Arbeiter selbstverständlichen Forderungen. Es wäre außerordentlich zu wünschen, daß die Mai-Kundgebungen der Arbeiterschaft in diesem Jahr den machtvollen Willen zum Ausdruck brächten, endlich von der Taktik des fortwährenden Zurückweichens abzugehen und sich dem Feind zu stellen.

Zur Erreichung einer eindrucksvollen, sowohl dem Bürgertum als auch der Arbeiterschaft Eindruck machenden Kundgebung aber ist es nötig, daß an diesem Tage und schon bei den ihm vorangehenden Propaganda-Aktionen keinerlei parteipolitische Streitereien zu Tage treten. Darin liegt die Vorbedingung für eine möglichst weitgehende Geschlossenheit dieser Mai-Kundgebung —, einer Geschlossenheit, die gewiß allen Gewerkschaftskollegen oberstes Ziel ist.

Für das Zustandekommen dieser Voraussetzung bleibt zu fordern:

Die Aufrufe der Gewerkschaften müssen so verfaßt werden, daß jeder Kollege sie unterschreiben könnte:

Jedes Hervorstreichen, aber auch jedes Herunterreißen irgendeiner parteipolitischen Richtung innerhalb der Gewerkschaften muß unterlassen werden. Wer dies nicht tut, schädigt die Gewerkschaftsbewegung, auch wenn er ihr nützen möchte.

Trotz der bedauerlichen Tatsache der vorläufig hoffnungslosen politischen Zersplitterung der Arbeiterschaft gibt es genügend Einzelziele, z. B. die große Reihe gewerkschaftlicher Forderungen in bezug auf Lohnkämpfe, Arbeiterschutz und Arbeitszeitschutz, sowie das gerade heute Dringende der Bekämpfung des Faschismus, deren Erreichung heute allein die Gewerkschaften mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen können.

Jeder Kollege sollte bereits jetzt schon alles tun, um in seinen Verbänden und Untergruppen zu erreichen, daß die Aufrufe der entsprechenden Ortsausschüsse sich in dem parteipolitisch neutralen Rahmen halten, den die Leitung des IGB eingehalten hat.

Es ist sicher nicht zuviel verlangt von den Funktionären der Orts- und Bezirksverwaltungen, in bezug auf parteipolitische Neutralität nicht weniger behutsam zu sein als die Leitung der Spitzenorganisation.

AUS DEM INHALT:

Aus dem Reich der Kirche.

Zwei bayerische Urteile gegen katholische Priester.

Der Marsbewohner.

„Haben Sie Beweise, Herr Hitler?“

Brüxer Streik beendet.

Polnischer Steinkohlenbergbau unter Staatskontrolle.

Rundfunk für SPD reserviert.

Vereinsmeierei.

Heraus aus der Passivität!

Von Kampf keine Rede.

Von Willi Eichler.

Die „Gewerkschaftszeitung“ vom 16. April schreibt über die Wahl HINDENBURGS unter anderem:

„Wieder hat es sich gezeigt, daß der Kern des politischen Blocks, der sich zur Abwehr des Faschismus um die Kandidatur HINDENBURG vereinigt hatte, gebildet wird durch die gewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter und Angestellten. . . . Dennoch muß die Rechnung mit dem politischen Weitblick der disziplinierten Armee der deutschen Arbeiterbewegung auf die Dauer einen Fehlbetrag ergeben, wenn diesen leidenden Massen des arbeitenden Volkes nicht von der wirtschaftlichen Seite her Hilfe kommt. . . . Sollen jedoch die politischen Kämpfe, in deren Kette die Reichspräsidentenwahl nur ein Glied bildete, zu wachsenden und entscheidenden Erfolgen führen, so müssen diese Kämpfe gestützt werden durch eine Wirtschaftspolitik, die einen Ausblick auf die Befreiung von der Last der Krise und der Arbeitslosigkeit eröffnet. Der außerordentliche Kongreß des ADGB, eigens berufen zur Begründung der Forderung der Gewerkschaften nach Arbeitsbeschaffung, ordnet sich somit als ein wesentlicher Bestandteil ein in den Plan einer politischen Kampagne, deren Ziel es ist, Volk und Reich gegen den faschistischen Umsturz zu verteidigen.“

Und von der Reichsregierung erwarten wir, daß sich ihre Einsicht durch eine entsprechende Haltung zu den Forderungen der Gewerkschaften dem Staatsinnu ebenbürtig zeigen möge, den breite Massen der Arbeiterschaft am 13. März und 10. April bewiesen haben.“

So äußert sich also das führende Blatt der größten deutschen Organisation der freien Arbeiterschaft zu den politischen und wirtschaftlichen Fragen des Tageskampfes. Man sollte es nicht für möglich halten, und man muß solche Stellen in einem autoritativen Aufsatz zweimal und häufiger lesen, bevor man sich überzeugt hat, sich nicht geirrt zu haben. Und man ist selbst dann noch oft geneigt anzunehmen, es handle sich hier um einen Einzelfall. Daß dem nicht so ist, haben wir zum Beispiel gestern durch den Abdruck unseres Artikels gezeigt, der sich auf einen Aufsatz in der „Metall-

treffen, automatisch auf die Reichsbannerarbeiter zu übertragen. . . .

Die Bezirksleitung der KPD beschloß, den Vorsitzenden der kommunistischen Landtagsfraktion, den Genossen Lechleiter seiner Fraktion als Vorsitzenden der Landtagsfraktion zu entheben.“

Der Fehler ist damit erledigt, und die KP schneidet bei dieser Angelegenheit moralisch besser ab als der „Vorwärts“, der konstruierte nämlich aus dem Fehler der badischen Fraktion im Zusammenhang mit einer Stellungnahme der KPD gegen HINDENBURG, „der jetzt sogar GROENER zum Vorgehen gegen das Reichsbanner aufgefordert hat“ und „stets an der Seite der Faschisten gegen die Arbeiterschaft stehen“ wird mit jesuitischer Kunst „endlich ein kommunistisches Geständnis: Die KPD kämpft an der Seite der Faschisten gegen die Arbeiterschaft.“

KPD korrigiert die badische Fraktion.

Die badische Landtagsfraktion der KP hatte, wie der „Abend“ am Dienstag meldete, einen Antrag auf Auflösung des „Reichsbanners“ und anderer Organisationen gestellt. Es ist erfreulich, daß das Zentralkomitee der KPD noch am gleichen Tage freimütig und eindeutig von dem Schritt der badischen Fraktion abgerückt ist. Die Pressestelle des ZK teilt am 19. April mit:

„Die badische Landtagsfraktion der KPD hat nach den Berichten der bürgerlichen und SPD-Zeitungen im Landtag den Antrag gestellt, das Reichsbanner, den Stahlhelm und den Wehrwolf aufzulösen. Das Verhalten unserer badischen Landtagsfraktion, das ohne vorherige Kenntnis und Zustimmung der Bezirksleitung Baden-Pfalz der Kommunistischen Partei Deutschlands erfolgte, stellt zweifellos einen ersten politischen Fehler dar. Die Sozialdemokratie nutzt den unrichtigen Antrag der badischen Landtagsfraktion auf das Verbot des Reichsbanners unter Gleichstellung mit dem Stahlhelm und Wehrwolf zum Wahlschlager gegen die Kommunistische Partei aus. Diesen billigen Winkelzug werden wir den Sozialfaschisten nicht gestatten.“

Die Kommunistische Partei, die es gewohnt ist, vor ihren proletarischen Klassenbrüdern offen Selbstkritik zu üben, hat den Fehler der badischen Landtagsfraktion bereits korrigiert. Unsere Aufgabe ist es nicht, vom bürgerlichen Staat

das Verbot des Reichsbanners zu verlangen. Das entspricht nicht der politischen Linie der Kommunistischen Partei. Unsere Politik besteht vielmehr darin, die Masse der Reichsbanner-Arbeiter von ihren sozialfaschistischen Führern loszureißen und für die Rote Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterklasse Schulter an Schulter mit den Kommunisten zu erobern.

Durch die besonders konterrevolutionäre Haltung der Reichsbannerführer, die in Baden noch arbeiterfeindlicher auftreten als in vielen anderen Teilen des Reichs, ist unsere badische Landtagsfraktion zu ihrem unrichtigen Vorgehen veranlaßt worden. Was in Wirklichkeit not tut, ist die klare Unterscheidung zwischen den sozialfaschistischen Führern, diesen Agenten der Bourgeoisie und den einfachen Arbeitermitgliedern, die im Kampf von Klasse gegen Klasse an unsere Seite gehören. Nur durch eine solche Politik werden wir die Sozialdemokratie ebenso wie das Reichsbanner und alle anderen reformistischen Organisationen wirklich schlagen, um die deutsche Arbeiterklasse zum revolutionären Siege zu führen.“

Die Bezirksleitung der KPD, Baden-Pfalz, erklärt unter anderem: „Die kommunistische Landtagsfraktion beging den schweren Fehler, die Kennzeichnung, die auf die Führer des Reichsbanners und auf das Reichsbanner als Organisation zu-

arbeiterzeitung" bezog, und der in ganz der gleichen Richtung ging: Bei den Regierenden um gut Wetter zu bitten.

Wir haben gewiß Verständnis dafür, daß man nicht grob werden soll, bevor sich gezeigt hat, daß man sich Güte nichts erreichen kann. Und wir haben auch Verständnis dafür, daß die Lage der Arbeiterschaft im Augenblick nicht dazu angetan ist, mit überlegener Miene und auf die Stärke der Arbeiterbewegung und „revolutionäre Situationen“ pochend, großspurig Forderungen anzumelden. Alles dies, und vielleicht noch manches mehr wäre zu verstehen. Was aber hier von den Gewerkschaften für eine Taktik eingeschlagen wird, das ist schlechterdings nicht anders zu deuten, denn als völlige Preisgabe jeder eigenen Initiative.

Denn was ist der eigentliche Sinn der Gewerkschaften? Worin liegt überhaupt die Bedeutung des Zusammenschlusses gerade der Angehörigen der Arbeiterklasse? Sie liegt nur darin, daß die so Organisierten sich unabhängig machen wollten vom Wohlwollen der Unternehmer; sie liegt darin, daß die Arbeiter — den Worten ihres großen Erweckers KARL MARX folgend — daran gingen, die „Befreiung der Arbeiterklasse, die nur ihr Werk sein kann“, in die Hand zu nehmen, damit endlich die Welt statt der ewigen Neu-Interpretierung auch einmal eine Neu-Inszenierung erleben könne.

Die Gewerkschaften haben zu überlegen:

Wem wollen sie mit ihrer Taktik dienen? Sie haben mit der Mobilisierung der Massen zur HINDENBURG-Wahl den legalen Faschismus abwehren helfen. Das ist unbestritten! Aber wem haben sie mit dieser Tat eigentlich den größten Gefallen getan? Die Arbeiterschaft hatte zwar auch ein Interesse an der Niederlage des Faschismus; aber die Arbeiterschaft hatte gleichzeitig auch ein Interesse an der Besserung ihrer Lage — nicht nur eins an der Verhinderung des brutalen Gemordetwerdens.

Diese beiden Interessen der Arbeiterschaft wären befriedigt worden durch die Wahl eines Arbeiterkandidaten — nur eins davon, und dies nur ungewiß, ist durch die HINDENBURG-Wahl befriedigt worden: Die Arbeiterschaft hat eine Atempause erhalten.

Mit der HINDENBURG-Wahl ist also der Arbeiterklasse nur wenig, nur ganz elementar geholfen worden. Entscheidend geholfen hat diese Wahl dem Bürgertum.

Aber immerhin: Diese Wahl hat auch der Arbeiterklasse geholfen durch die Schaffung einer Atempause. Doch diese Atempause hat nur dann einen Wert, wenn sie genutzt wird. Worin kann diese Nutzung bestehen? Ganz einfach in der Durchsetzung weiterer Ziele der Arbeiterschaft. Diese Ziele sind klar, und sie sind, insbesondere im „Funken“, oft erörtert worden: Es kommt in der heutigen Zeit darauf an, mit der bisherigen Politik der herrschenden Klasse entscheidend Schluß zu machen. Es kommt darauf an, jeden weiteren Lohnabbau zu verhindern, ihm wenigstens kämpferisch zu begegnen, damit endlich ein Umschwung eintreten kann in der unerhörten Krise — der nur eintreten kann durch eine Stärkung der Kaufkraft der Massen, wozu gehört, daß man die Löhne nicht immer weiter abbaut.

Den Gewerkschaften sind diese Gedankengänge theoretisch vertraut, wie ihre Äußerungen beweisen.

Einstimmigkeit ohne Einigkeit.

Die Abrüstungskonferenz spielt Theater.

Genf, 19. April.

Der von dem Sonderausschuß einstimmig angenommene Entwurf, wonach durch fortschreitende Abrüstung eine Herabsetzung der Rüstungen auf das mindest mögliche Maß erreicht werden soll, stand heute im Hauptausschuß zur Diskussion und zur Abstimmung. Die Aussprache zeigte, daß die Auffassungen über das „mindest mögliche Maß“ bei den Vertretern der Abrüstungskonferenz weit auseinandergehen. Der Rumäne TITULESCU fordert, entsprechend der französischen Sicherheitsthese, daß die Herabsetzung der Rüstungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage, der besonderen Bedingungen der einzelnen Staaten und ihrer internationalen Verpflichtungen durchgeführt werden solle. Litwinow protestierte sofort heftig gegen diese Auslegung, die jede Sabotage konkreter Abrüstungsvorschläge zu decken vermag.

Nach einer heftigen Aussprache, in der man der Einigung um keinen Schritt näher kam, versuchte HENDERSON den Knoten zu durchhauen, indem er den Antrag kurzerhand zur Abstimmung stellte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In dem Augenblick aber, wo diese Einstimmigkeit festgestellt wurde, standen TITULESCU und Litwinow auf und erklärten, der Entschließung nur im Sinn ihrer eigenen Interpretation zugestimmt zu haben.

Sie haben also zwar den gleichen Worten, aber, wie man sich nach der vorangegangenen Aussprache schon hätte denken können, verschiedenen Entschlüssen zugestimmt!

Im Hauptausschuß wurde dieses schauerhafte Versagen einer angeblich zum Zwecke der Verständigung zusammengetretenen Konferenz mit — Heiterkeit aufgenommen; man wandte sich unbeschwert dem nächsten Punkt der Tagesordnung zu, der Frage nach den Kriterien der Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen. Der Gegensatz TITULESCU—Litwinow meldete sich begreiflicher Weise von neuem an, dieses Mal in der Form des Konflikts zwischen einem tschechoslowakischen und einem italienischen Antrag, die beide wieder dem Sonderausschuß überwiesen wurden. Wird er auch hier wieder nur eine Form finden, der beide Gruppen — diejenige, die den Gesichtspunkt der Sicherheit, und diejenige, die die sofortige und gründliche Abrüstung in den Vordergrund stellt — zustimmen können, weil jede sich unter der vorgeschlagenen Formulierung denken kann, was sie will?

Die türkische Regierung hat in Genf mit dem Generalsekretär des Völkerbundes und den Vertretern der Großmächte Beratungen über den Eintritt der Türkei in den Völkerbund eingeleitet.

Donau-Beratungen.

Vor dem Abschluß der Innsbrucker Tagung.

Innsbruck, 19. April.

Die Wirtschaftskonferenz der Internationalen Handelskammer dürfte aller Voraussicht nach bereits am Mittwoch ihren Abschluß finden. Am Dienstag nachmittag wurde keine Vollsitzung abgehalten, dagegen wurde in einer Reihe von Ausschußsitzungen über den Entwurf einer Entschließung verhandelt. Diese Entschließung wird am Mittwoch vormittag der Vollversammlung vorgelegt werden.

In einer Pressekonferenz gab der Generalberichterstatter der Konferenz, der deutsche Abordnungsführer LAMMERS, einen eingehenden Überblick über das Ergebnis der bisherigen Beratungen, wobei er unter anderem sagte: Die Konferenz befaßte sich sehr stark mit den Spezialfragen der österreichischen Lage. Im Endergebnis wurde anerkannt, daß die besondere Lage der österreichischen Verhältnisse auch eine besondere Behandlung rechtfertigt. Einen zweiten Punkt der Aussprache bildete die Auffassung, daß von einzelnen Staaten jede Befassung mit den Ideen des TARDIEU-Planes abgelehnt

Aber es kommt darauf an, endlich etwas zu tun, um der unerhörten Verelendung der Massen Halt zu gebieten.

Soll das die Reichsregierung tun? Soll das die herrschende Klasse tun? Wer anders hat die Welt an den Rand des Grabes gebracht, als diese Klasse? Und die sollte heute der gerechte Anwalt der Arbeiter sein?

Die Gewerkschaften sollen Kampforganisationen sein. EGGERT hat auf dem Krisen-Kongreß des ADGB deutlich gesagt — an die Adresse der Regierung gerichtet: Das Maß ist voll!

Das Maß ist voll! Jawohl; und deshalb wollen wir endlich mit Bitten aufhören und dafür fordern. Die Gewerkschaftskollegen erwarten das von der Gewerkschaft. Hoffentlich findet die zwölfte Stunde, von der EGGERT mit Recht sprach, die Gewerkschaften nicht auf dem Bittgang, sondern auf dem Wege zu ihrem Recht.

worden sei. Dies wurde dahin richtig gestellt, daß einerseits jede wirtschaftliche Anregung zur Behebung der Schwierigkeiten im Donaubecken aufmerksam geprüft werden müsse, daß aber andererseits die größeren Zusammenhänge, in denen das Donauprobem stehe, bei dieser Prüfung nicht außer acht gelassen werden dürften. Das Endziel müsse eine dauerhafte und in jeder Beziehung klare Verständigung bilden, welche sich in den Gedanken einer wirtschaftlichen Neuordnung Europas einfüge und keine neue Abschließung im Wirtschaftsverkehr der europäischen Völker mit sich bringe.

Generalstreik auf der ostibirischen Bahn.

Sämtliche Beamte der chinesischen Ostbahn sind in den Generalstreik getreten; sie wollen mit diesem Streik gegen die Verhaftung der vierzig Angestellten protestieren, die auf Grund des Anschlags auf den japanischen Truppenzug verhaftet worden sind. Der Eisenbahndienst ruht auf der ganzen Strecke.

Wieder stehen sich die russischen und japanischen Meldungen strikt entgegen. Die Japaner behaupten, daß Tschang Hsue Liang den Widerstand organisiert habe, daß ein ungeheurer Schaden angerichtet sei, der auf 100 Millionen Mark geschätzt wird, daß Japaner flüchten müssen auf russisches Gebiet, wozu die Sowjet-Behörden Erlaubnis erteilt hätten, und daß russische Truppen gegen die Grenze rückten. Aus Charbin wird gemeldet, daß das japanische Oberkommando den Streik nicht zulassen, sondern alle russischen Beamten durch Japaner und Weißgardisten ersetzen würde, um den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Die Russen führen den Widerstand auf japanische Manöver zurück. Die Japaner wollen die ostchinesische Bahn lahmlegen, Unruhe stiften und den Verkehr auf die südchinesische Bahn ablenken, die unter japanischer Hoheit steht.

Nach einer russischen Meldung aus Nanking gibt die chinesische Zentralregierung bekannt, daß sich zur Zeit in Shanghai 90.000 japanische Soldaten befinden, die einen neuen Angriff vorbereiten. Im Laufe des Dienstags haben die ersten Gefechte stattgefunden.



PORGY.

Ein Neger-Roman von du Boss Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knauer, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(2. Fortsetzung.)

Das Licht fiel hart auf seinen vorgeschobenen Kiefer, während die zurückfliehende Stirn im Schatten blieb. Die eine Hand, leicht auf den Boden aufgestützt, hielt den massigen Körper im Gleichgewicht, die andere schwang den Ballenhaken hoch wie eine furchtbare Greifklaue. Robbins, im Vergleich zu seinem Gegner, mitleiderregend schmächtig und schlank, zögerte einen Moment unentschlossen, — dann aber nutzte er die einzige Möglichkeit zur Rettung. Wie einen geschleuderten Speer warf er seinen geschmeidigen Körper nach vorn und suchte das Handgelenk unter dem furchterlichen Haken zu packen.

Und dann schwand alles rings um sie, sie glaubten zu gleiten, zu versinken — — jahrhundertlang.

Durch die beengenden Kleider brachen die wunderwollen, dunklen Körper sich Bahn. Wie bronzeno Taue spielten die Muskeln auf den mächtigen Schultern. Im Schein des Feuers tanzten über die breiten Rücken rötliche Flecken, die gleitende Schatten gierig wieder verschlangen. Eine betäubende Wolke tierischen Gestanks, in dem jeder andere Geruch unterging, lagerte über den Kämpfenden.

Gespensartige Gestalten krochen aus den Höhlen der Türeingänge, umsäumten den Kampfplatz, begriffen jammernd, was vorging.

Wie Dampfmaschinen arbeiteten die keuchenden Lungen. Vorwärts und rückwärts, auf lächerlich kleinem Raum, schwankte und wankte die wogende, untrennbare Masse. Ab und zu löste sich aus ihr ein starrer Arm, oder das Licht zeigte für eine Sekunde ein entsetztes, verzerrtes, irrsinniges Gesicht. Dann aber ballte sich der Klumpen wieder zusammen, stieg, wie emporgeschleudert, ein Stück über den Erdboden hoch, sank und stürzte krachend auf das Pflaster.

Dieser furchtbare Verbrauch menschlicher Energie konnte nicht lange anhalten. Das Ende kam bald und mit erschreckender Plötzlichkeit. Crown löste sich aus der Umklammerung seines schwächer werdenden Gegners, hielt ihn, so weit sein riesiger Arm reichte, von sich ab, während er mit dem anderen den Ballenhaken von unten herauf schwang. Dann ließ er sein Opfer fallen und wankte, wie betrunken, der Straße zu.

Auch für den Unerfahrensten war der Ausgang des Kampfes nicht unklar: Robbins war tot, — elend ungebracht!

Ein Schrei erhob sich, schwoll an in unerträglicher Seelenangst, — ein Weib durchbrach den Kreis der Zuschauer und warf sich über die Leiche. Das Feuer flackerte in einer schwachen, bläulichen Flamme — unirdisch, schreckenerregend.

Porgy schauerte zusammen, wimmerte in der Dunkelheit. Dann kroch er mühselig über seine Schwelle und schloß hinter sich die Tür.

Die Haifischgasse, in der Porgy wohnte, war nicht eigentlich eine Straße, sondern ein großer Gebäudekomplex, dessen dreistöckige Flügel sich um die drei Seiten eines Hofes erhoben. Die vierte Seite schloß eine hohe Mauer ab, die von spitzen, festvermörtelten Glasscherben gekrönt war, und nur in der Mitte von einem breiten Torweg unterbrochen wurde. Ueber dem Eingang war noch ein Stück massiven, schmiedeeisernen Gitters zu sehen, über jedem der beiden stattlichen Torpfeiler ein zerschlagenes Marmorkapitell.

Der Hof war mit großen Steinfliesen gepflastert, die trotz dem Schmutz, der sich seit fast einem Jahrhundert auf ihnen abgelagert hatte, in zarten, wechselnden Pastellönen schillerten, wenn die Sonne auf sie schien. Die Stüdwand, die dauernd im Schatten lag, war bis zur verfallenen Dachrinne hinauf mit Moosflechten überzogen, — die gegenüberliegende nördliche, die nur von den Fenstern mit kleinen Scheiben unterbrochen wurde, schimmerte in allen Farben durch ihren abblätternden Bewurf und zeigte im Sommer ein flammendes Scharlachrot, das von den Geranien herrührte, die reihenweise in alten Konservendbüchsen auf jedem Fensterbrett blühten.

In den hohen Zimmern mit ihren schadhafte Stuckdecken und abgeschlagenen Türsimsen waren Gouverneure aus- und eingegangen, hatten Gesandte von Königen Ränke geschmiedet und getanzt.

Vor dem weitklaffenden Eingangstor lag jetzt eine schmale Gasse mit Kopfsteinpflaster, und jenseits von ihr ein

verfallener Kai, den nur noch Negerfischer benutzten. Einzig und allein die Bucht war dieselbe geblieben. Hinter dem Wirrwarr des Kais dehnte sie sich bis zum Horizont. Ihr Aussehen wechselte mit den Farben des Himmels. Sie war ständig eine andere, — und blieb doch unveränderlich immer die gleiche.

Direkt neben dem Eingang befand sich die Garküche, die nur ein einziges, trübes Fenster nach der Straße hatte, in dem Teller mit gebackenen Fischen standen. Hier pflegten alle Bewohner des Hauses ihre Mahlzeiten zu kaufen.

Porgys Zimmer lag dieser Garküche gerade gegenüber und hatte den großen Vorteil, daß sein Fenster nach vorn hinaus lag, so daß er von ihm aus Straße und Hafen überblickte, — während die Tür nach dem Hof ging, an dessen Leben er teilnehmen konnte, wenn er vor ihr saß. Ihm bedeutete der Platz am Fenster das Abenteuer, der Platz vor der Tür — das Heim.

Wenn des Tages Arbeit getan war und er einen Teil seiner Einnahme in Brot und Fisch für die Abendmahlzeit eingetauscht, — war es Porgy eine liebe Gewohnheit, an seinem Fenster zu sitzen und das Stück Welt zu betrachten, das draußen vorüberauschte. Auf den großen Baumwollkai, die jenseits der Straße flüßaufwärts lagen, sah er während der Baumwollernte die niedrigen Karren bis in die sinkende Dämmerung hinein kommen und gehen. Laut ratterten die Räder über das Kopfsteinpflaster, noch ehe er sie sah, und von seinem tiefen Sitz aus hoben sie sich ihm hoch und gespenstisch vom Abendhimmel ab. Manchmal führen zwanzig von ihnen hintereinander mit ihren großen, inunter ausschreitenden Maultieren, den zusammengekauerten Kutschern und den turmhoch aufgestapelten Ballen. Immer, wenn diese Karren vorüberschwankten, empfand Porgy ein unbestimmtes aber nicht unangenehmes Gefühl von Angst. Ihm waren sie das Symbol einer ungeheuren, ehrfurchtgebietenden Kraft, die ihn so leicht hätte zermalmen können, wenn er sich ihr entgegengestellt. Aber hier, hinter seinem Fenster, war er sicher vor ihr, — von hier aus konnte er sie in aller Gemütsruhe betrachten! ... War der Zug einmal ungewöhnlich lang, dann lösten das anhaltende rhythmische Räderrollen und die unaufhörlich an seinem Fenster vorbeigleitenden Gestalten seltam seine Seele. Bilder von wunderlichen Dingen und Stätten glühten vor seinem inneren Auge auf und verblaßten wieder.

Vor den Wahlen.

KPD im Lustgarten.

Hk. Berlin, 19. April.

Es war keine Kampf Stimmung heute im Lustgarten, die KP hat dort schon kräftigere Demonstrationen gehabt.

Der Platz war besetzt, wenn auch nicht überfüllt: man konnte sich während der Demonstration von einem Ende zum anderen bewegen. Als nach einer Viertelstunde Herumstehens die Demonstration mit dem Gesang der „Internationale“ eröffnet wurde, sah man viele, die mitten in einer Strophe mit Singen aufhörten, sich unterhielten, oder dem Dutzend Störche, die hoch oben demonstrierten, ihr Interesse zuwandten. Auch als die Redner mit der Mitteilung der SEVERINGSchen Polizeiaktion gegen die Kommunisten begannen, schloß keine einheitliche Kampf Stimmung die versammelten Massen zusammen. Was ist das? Demonstrationenmüdigkeit vielleicht? Sie wäre verständlich. Und dann: zu dem demokratisch-parlamentarischen Wahlmanöver viel Anfeuerndes zu sagen, ist der KP durch ihre Einsicht in den Betrug der Demokratie verboten. Sie sagt es auch: nicht bei diesen Wahlen fallen die Entscheidungen für das Proletariat; deswegen: Tretet an zu den außerparlamentarischen Aktionen in den Betrieben und den Stempelstellen! Er wirkt nicht mehr sehr, dieser Appell; denn solche Aktionen laufen praktisch auf nichts anderes hinaus als auf Propaganda, Propaganda und nochmals Propaganda. Propaganda aber ist ein stumpfes Kampfmittel, wenn sie nicht auf Leistungen für die Arbeiterschaft hinweisen kann, auf andere Leistungen als bloße Propagandaleistungen. Die KPD aber beschränkt sich seit Jahren, wie TROTZKI mit Recht feststellt, praktisch auf bloße Propaganda. Ich hatte den Eindruck: die Arbeiter im Lustgarten sprangen darauf nicht mehr an.

Deswegen war die Stimmung zerstreut. Nur der An- und Abmarsch in den Straßen zeigte disziplinierte Kraft.

Es ist auffällig, daß THÄLMANN in einer Versammlung am Dienstagabend in Hannover nicht über die Polizeiaktion gegen die Kommunisten sprach.

Brauns Rechenschaft im Rundfunk.

Ein unschönes Manöver.

h Berlin, 19. April.

„Ausgehend von dem Standpunkt, daß im Volksstaat die Staatsbürger vor der Wahl Anspruch darauf haben, einen Rechenschaftsbericht der amtierenden Regierung zu erhalten, wird Ministerpräsident BRAUN am Sonnabend, dem 23. April, 7,30 Uhr, über sämtliche preußischen Sender über die Arbeit der preußischen Staatsregierung in den Jahren 1928 bis Anfang 1932 sprechen.“ (Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes.)

Diese Stellungnahme ist ein unerhörter Akt; Herr BRAUN hat einfach eine Wahlrede und möchte andere nicht ranlassen an den Rundfunk. Wenn BRAUN so auf Rechenschaft den Staatsbürgern gegenüber versessen wäre, hätte er z. B. bei Konkordatsabschlüssen und ähnlichen Aktionen, die unter seiner Herrschaft Akte der Geheim-Diplomatie geworden sind, dazu gute Gelegenheit gehabt.

Auch daß er am 23. (also einen Tag vor der Wahl!) diese Rede hält, auf die also vor der Wahl niemand antworten kann, — ist echt — demokratisch. Solche Manöver sind nötig, um Klassenstaaten in „demokratische Republiken“ umzufrisieren.

Severing gegen die Kommunisten.

Neue Polizeiaktion.

h Berlin, 19. April.

Heute fanden auf Anordnung SEVERINGS in ganz Preußen Haussuchungen bei kommunistischen Sportorganisationen statt. Angeblich bestand der Verdacht, daß diese Organisationen Nachfolgeorganisationen des Rotfrontkämpferbundes

seien. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind die Haussuchungen in den meisten Städten ergebnislos verlaufen, insbesondere wurden keine Waffen gefunden.

Weshalb macht SEVERING diese Aktion? Niemand wird behaupten können, daß die KPD zur Zeit eine Bedrohung der öffentlichen „Ordnung“ darstellt, wie die SA es taten. Hätte GROENER, der die SA verboten hat und gegen den jetzt der Vorwurf der Parteilichkeit erhoben wird, diese Aktion angeordnet, so wäre das begreiflich als eine Demonstration für seine Unparteilichkeit. SEVERING aber braucht diesen Beweis für Unparteilichkeit nicht mehr anzutreten: daß er Kommunisten nachsichtiger behandle als NS, kann man dem Verbieter des Roten Frontkämpferbundes billigerweise nicht nachsagen. So wirkt seine Aktion wie eine überflüssige Provokation der kommunistischen Arbeiter, eine Provokation, die die parteipolitische Kluft im Proletariat weiter vertieft.

Berlin, 20. April.

Auch die heute morgen neu vorliegenden Meldungen über das Ergebnis der Haussuchungen bei den kommunistischen Organisationen stellen ein ziemlich negatives Ergebnis fest. Die einzige vorliegende Meldung über Waffenfunde betrifft die Beschlagnahme von 2 (zwei) Schußwaffen bei einem kommunistischen Funktionär in Köln.

Hamburg hat sich dem Vorgehen SEVERINGS angeschlossen und die gleiche Polizeiaktion gegen die Kommunisten unternommen.

Die „Eiserne Front“ als Propagandamittel der SPD!

F. L. Essen, 19. April.

In der größten Halle Essens sprach BREITSCHIED in einer Wahlkundgebung am 18. April vor etwa 12 000 Menschen. Von der SPD wurde die „Eiserne Front“ als Veranstalter vorgeschoben (wohl um den Saal zu füllen). Der Einmarsch der Hammerschaften war imposant. 23 Minuten lang marschierten die gewerkschaftlichen Formationen gemeinsam mit dem „Reichsbanner“ unter Jubel der Anwesenden ein. Trotz des erhebenden Gefühls dieses Aufmarsches wurde man das beklemmende Gefühl nicht los, für welche Parolen diese Arbeiter aufmarschierten.

Aus der Rede BREITSCHIEDS:

Zur Reichspräsidentenwahl: „Trotz der wirtschaftlichen Not können wir mit dem bisherigen Verlauf der Kämpfe zufrieden sein.“ „Er (HITLER), hat so lange gerufen, bis das bessere Deutschland erwacht ist.“ (Hatte die Sozialdemokratie geschlafen?) „Das arbeitende Volk ist es gewesen, das HINDENBURG gewählt hat. Das sollte auch HINDENBURG nicht vergessen.“

Zur Preußenwahl: Hauptsächlich zog BREITSCHIED gegen die NS zu Felde. Bei seinen Ausführungen hatte er starken Beifall. Sobald er jedoch die Politik der SPD berührte und verteidigte, war die Zustimmung schwach. Bezeichnend war, daß BREITSCHIED, um die Politik der SPD zu verteidigen, auf das zurückgreifen mußte, was die SPD früher getan hat. BREITSCHIED beschränkte sich darauf, die Gegensätze zwischen heute und dem alten kaiserlich-königlichen Verordnungen als Verdienst der SPD herauszuschälen. Er nutzte die Stimmung im Saale aus, um mit zwei Sätzen die KPD abzutun. Er erinnerte an den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl, daran, daß viele kommunistische Wähler jetzt HITLER gewählt hätten. Die kommunistischen Zeitungen hätten das mit der „revolutionären Ungeduld“ der Massen erklärt. Weiter erinnerte er an den Antrag der KPD in Baden, „Reichsbanner“ und Eiserne Front aufzulösen, wogegen die Anwesenden stürmischen Protest erhoben.

Trotz der großen rednerischen Fähigkeiten BREITSCHIEDS war die Stimmung der Versammlung nicht begeistert. Das Urteil eines Gewerkschafters: „So bekommt man keine Einheitsfront zustande.“

Ein Schornstein wird repariert.

el. Ein Fabrikschornstein, 37 Meter hoch. Er hat Risse bekommen im Laufe der Zeit, muß innen teilweise neu ausgemauert werden und außen Eisenbänder bis oben hinauf umgelagert bekommen.

Ein Schornsteinbauer macht diese Arbeit zusammen mit einigen Hilfsarbeitern. Zuerst wird das Ausmauern innen im Schornstein vorgenommen. Die Außenwelt merkt nichts von dieser Arbeit. Doch da, eines Nachmittags, als es stark zu regnen beginnt, klettert unser Freund mit einer Zeltbahn an den Steigleitern des Schornsteins in die Höhe, spannt die Zeltbahn über die Öffnung des Schornsteins und legt ein Tau um dessen Kappe zur Befestigung der Leinwand. Er tut dies ganz frei, unangeseilt, und klettert dann wieder herunter an seine Maurerarbeit, als wäre gar nichts geschehen.

In den nächsten Tagen beginnt er mit der Außenarbeit. Zuerst wird einige Meter über dem Erdboden ein Eisenring um den Schornstein gelegt. Er liegt provisorisch auf eisernen Klöben, wird dann mit Spannschrauben fest angezogen, so daß die Klöben entfernt werden können. Vorher aber wurden rundherum sechs Haken eingehängt. An jeden wird nun ein Holzbock angehängt und sechs Bretter bilden dann ein primitives Gerüst. Auf ihm arbeitet der Schornsteinbauer, schlägt die Klöben ein für den nächsten Eisenring, befestigt diesen Ring und die neuen Eisenhaken und baut mit dem neuen Ring gleichzeitig das Gerüst wieder einige Meter in die Höhe. So wird binnen weniger Tage der Schornstein mit 17 Eisenringen gesichert.

Ich habe den Mann oft bei der Arbeit beobachtet. Die ruhige Sicherheit jeder einzelnen Bewegung hat das Auge gefesselt. Da war kein Handgriff umsonst. Man konnte sich gar nicht vorstellen, daß diesem Menschen ein Fehlgriff passiert. Er arbeitete. Da gab es keine Sensation.

Als es dann aber anfiel, stark zu regnen, und er sich auf der Ostseite des Schornsteins in den Regenschatten stellte,

mit dem Rücken gegen den Schornstein gelehnt, den Blick auf den Erdboden, der 30 Meter unter ihm lag, — da konnte ich nicht mehr hinschauen. Und doch wußte ich, daß der Mann jetzt angeseilt war.

„Sie haben wohl kein Gefühl von Schwindel bei Ihrer Arbeit?“ fragte ich am nächsten Morgen. — „Nein, schwindeln darf man nicht bei dieser Arbeit. Aber das darf man ja sonst auch nicht,“ meinte er lächelnd. Und dann erzählte er mir, wie seit dem Jahre 1920 bei seiner Firma zwei Schornsteinbauer abgestürzt sind — die Firma beschäftigt heute acht solcher Spezialarbeiter, beschäftigte aber in früheren Jahren ihrer 30 bis 40 —. Beide sind tödlich verunglückt. Der eine war über die Fünfzig hinaus. In diesem Alter versagt unter Umständen das Herz bei solcher Arbeit. Der andere war ein junger Kerl und etwas leichtsinnig.

„Und wie steht es mit der Bezahlung bei solch gefährlicher Arbeit?“ fragte ich. — „Ja, in früheren Jahren war das noch eine Sache. Aber heute gibt es zu viele, die sich für die wenige Arbeit melden. Ich kriege die Stunde volle 1,37 Mark!“

— — — 1,37 Mark Stundenlohn! Und dafür diese halsbrecherische Arbeit. Daß sich Menschen dafür hergeben! Hergeben? Sie wollen ja leben. Und dieser gefährliche Beruf? Nun, es ist ein freies Leben. Einmal wird hier, einmal wird dort ein Schornstein gebaut oder ausgebessert. Man kommt weit herum. Die Arbeit ist gefährlich, aber geachtet. Hier gilt der Mann wirklich noch etwas!

Und doch: 1,37 Mark für solche Arbeit. Nur das Gespenst der Arbeitslosigkeit erklärt diese Schande.

Lilien auf dem Felde.

La. Schon immer laufen die Spießbürger Sturm gegen die staatlichen Unterstützungseinrichtungen für die Arbeitslosen. Beweise für das Wohlleben der Arbeitslosen und die

Dem Gewerkschafter, der noch nicht wußte, daß die Eiserne Front ein Anhängsel der SPD ist, der noch an die parteipolitische Neutralität der „Eisernen Front“ glaubte, dem konnten durch diese „Wahlkundgebung“ die Augen geöffnet werden.

Um was es geht?

SAP-Versammlung.

E. L. Essen, 19. April.

Ueber dieses Thema sprach der Führer der SAP, SEYDEWITZ, am 18. April in Essen, vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft von etwa 200 Mann. Das Gute an seiner Rede war die sachliche Auseinandersetzung mit seinen Gegnern und seine „unmarxistische“ Einsicht in die Tatsache, daß die Kapitalistenklasse nicht im „Sterben“ liegt, auch trotz Wirtschaftskrise nicht, sondern daß ein Ausweg aus dieser Krise auf Kosten der Arbeiterschaft gefunden wird, wenn die Arbeiterschaft wie bisher untätig und uneinig dem Angriff des Gegners zusieht. Aus dieser Erkenntnis, daß es von der Macht und Stärke der Arbeiterschaft abhängt, ob ein Ausweg aus der Krise gefunden wird, der auf Kosten der Unternehmer geht, schöpfte er die Forderung: im Augenblick alle Parteidifferenzen im sozialistischen Lager — bis hinein in die SPD — beiseite zu lassen, und sich gemeinsam für die Durchführung von proletarischen Tagesforderungen einzusetzen.

Also Einheitsfront nicht unter der Führung einer Partei!

Im Interesse des Gelingens einer solchen Einheitsfront, deren Notwendigkeit wir im „Funken“ oft begründet haben, ist es aber unerlässlich, daß die SAP auch in ihrer praktischen-politischen Arbeit, z. B. in ihrer Gewerkschaftsarbeit, mit der Forderung von SEYDEWITZ ernst macht. Dann müßte sie nämlich von ihrer bisherigen Taktik: Bildung linker Fraktionen in den Gewerkschaften, abgehen und mit den ISK-Genossen und allen ernsthaften Gewerkschaftskollegen für die Wahrung strikter parteipolitischer Neutralität innerhalb der Gewerkschaften eintreten.

Vier Monate Gefängnis wegen „Unterstützung des RFB“.

h Berlin, 19. April.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Packer DAMM, bei dem anlässlich einer Haussuchung Material gefunden wurde, aus dem hervorging, daß DAMM den verbotenen Roten Frontkämpferbund unterstützte, auf Grund des Republikenschutzgesetzes zu 4 Monaten Gefängnis.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: (Bezirk Neukölln): Donnerstag, 21. April, um 20 Uhr, Restaurant Boß, Allerstraße 40 (Ecke Weisestr.). Thema: Neuer Lohnabbau — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

HAMBURG:

Barmbeck: Freitag, den 22. April, 20.15 Uhr, im Volkshaus, Marschnerstr. 36.

Eimsbüttel: Sonnabend, den 23. April, 20.15 Uhr, im Volkshaus, Eichenstraße 61.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Nach Berichten aus Nordwestkanada sind in der Nähe des großen Bären-Sees wichtige Silber- und Radiumfunde gemacht worden, die auf erhebliche Vorkommen dieser Metalle schließen lassen. Mehrere Bodenspekulanten haben sich bereits im Flugzeug nach der Fundstelle begeben, um sich dort aussichtsreiche Bodenflächen zu sichern.

demoralisierenden Wirkungen der Unterstützungen sind ihnen Geschichten und Liedchen, die ihnen willige Schmocks liefern. So hat in letzter Zeit wieder Herr WALTER RIEHL, Hannover (Herausgeber der Zeitschrift „Deutscher Kapital- und Hypothekenmarkt“), sich ein Gedicht „Das Kleingeld“ geleistet, in dem folgender Vers zu lesen ist:

„Und fromme Sprüche, die man weiß,
die helfen nicht zum Golde —
wir haben jetzt millionenweis
die ‚Lilien auf dem Felde‘,
die, statt zu ernten und zu säen,
— das Korn ist längst gedroschen —
in langer Schlange stampeln geh’n,
und holen ihre Groschen.“

Herr RIEHL sollte sich doch einmal als „Lilie auf dem Felde“ betätigen! Wahrscheinlich würde er dann anders sprechen.

Nur für Arbeitslose mit Bankkonto.

A. B. Frankfurt/M. In den hiesigen besseren Obst- und Delikatessläden werden seit einigen Tagen die ersten diesjährigen Erdbeeren und Spargel angeboten. Es ist deutsche Treibhausware. Für das Pfund Erdbeeren werden „nur“ 10 M. verlangt. Die Spargel kosten 5 bis 6 M. das Pfund. Man stelle sich vor, 10 M. für ein Pfund Erdbeeren. Von Krise, Not und Einschränkung ist hier nichts zu merken. Wer aber kann diese Lockerbissen kaufen? Die Arbeitslosen, die mit ihrer Familie von 10 M. in der Woche leben müssen, oder die anderen Arbeitslosen, die ein Bankkonto besitzen, aber so „arm“ sind, daß sie vor einigen Tagen ihren Arbeitern die Lohnkarte kündigen mußten, weil sie die „hohen“ Löhne nicht mehr zahlen „können“?

„Haben Sie Beweise, Herr Hitler“?

Seine üble Nachrede über Brüning.

Berlin, 19. April.

Erklärung: „Am 14. d. M. empfing Herr ADOLF HITLER die drei unterzeichneten Journalisten H. R. KNICKERBOCKER, EDGAR A. MOWRER und SEFTON DELMER um 2 Uhr nachmittags im Hotel Kaiserhof zu einer Unterredung über das Verbot der SA und SS. Ein Fragebogen mit fünf Fragen wurde von uns ausgestellt und durch Dr. HANFSTAENGEL, den Auslandspressechef der NSDAP, Herrn ADOLF HITLER vorgelegt. Herr HITLER erklärte sich bereit, uns gegenüber die Fragen zu beantworten. Dr. HANFSTAENGEL war während der ganzen Dauer der Unterredung zugegen. Eine der an Herrn HITLER gestellten Fragen lautete:

Glauben Sie, daß die deutsche Regierung bei dem Verbot der SA ausländischem Druck nachgegeben hat?

Hierauf antwortete Herr HITLER: Ja, nach meiner Ueberzeugung ist das der Fall gewesen. Schon vor einem Jahr ersuchte die französische Regierung Dr. BRÜNING um die Auflösung der SA. Dr. BRÜNING sagte zu. Er konnte aber erst jetzt sein Versprechen erfüllen.

Hierauf warf Herr SEFTON DELMER die Frage ein: Haben Sie für diese Behauptung Beweise, Herr HITLER?

Herr HITLER antwortete: Nein, ich habe keine Beweise dafür.“

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bestimmt: „Steht im Falle der üblen Nachrede der Verletzte im öffentlichen Leben und ist die ehrenrührige Tatsache öffentlich

behauptet oder verbreitet worden und geeignet, den Verletzten des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen er für sein öffentliches Wirken bedarf, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter drei Monaten, wenn der Täter sich nicht erweislich in entschuldbarem guten Glauben an die Wahrheit der Aeußerung befunden hat.“ Auch § 186 des Strafbuchgesetzbuchs (üble Nachrede!) ist hier anwendbar. Es ist also zu wenig, lediglich festzustellen: „Diese Behauptung hätte aus dem Munde des Herrn HITLER niemals kommen dürfen.“ (GROENER: „Mein Standpunkt.“) GROENER kennzeichnete HITLERS Behauptung sogar ausdrücklich als „offenbar beabsichtigte üble Nachrede“. Weshalb also wird die Notverordnung und der § 186 nicht angewandt? Zwei namenlose Arbeiter wurden am 17. März vom Schnellrichter im Berliner Polizeipräsidium wegen Beleidigung HINDENBURGS zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt!

Dieser Fall übler Nachrede ist es übrigens, der HITLER veranlaßt hat, ein Disziplinarverfahren gegen sich als Regierungsrat zu beantragen.

Journalisten, die sich immer noch zu solchen Interviews mit HITLER hergeben, mögen in den Methoden des Geldverdienens bewandert sein — auf der Höhe der Aufgabe, die im öffentlichen Interesse einem Journalisten zufällt, auf der Höhe ihrer Aufgabe im Dienst der Wahrheit sind sie nicht. Sie sind sich auch der Würde dieser Aufgabe nicht bewußt.

Stroikfront, den wir gestern meldeten, am 20. April die Arbeit aufzunehmen, um eine weitere Zersplitterung der Arbeiter zu verhüten. Die Bergarbeiter werden dieser Parole wahrscheinlich Folge leisten.

Der Vorsitzende des zentralen Streikausschusses der Bergarbeiter wurde verhaftet.

Teilerfolg der Frankfurter Hausangestellten.

Vor einigen Tagen wurde für die weiblichen Hausangestellten in Frankfurt a. M. ein neuer Manteltarif abgeschlossen. Der Vertrag regelt wöchentliche Freizeit, Urlaub und Urlaubsentschädigung. Der Urlaub beträgt nach einjähriger Tätigkeit eine Woche. Er erhöht sich auf zwei Wochen nach zwei und mehr Jahren. Als Entschädigung ist der vom Oberversicherungsamt für die Beitragsleistung der Hausangestellten festgelegte Tagessatz von 1,25 Mark angenommen. Ferner ist ein freier Nachmittag in der Woche für alle Hausangestellten festgelegt.

Der Abschluß eines Lohnvertrages scheiterte an dem Widerstand des Schlichters. Bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, so führte er aus, sei es nicht möglich, höhere Löhne durchzusetzen. (Gerade die Hausangestellten, deren Arbeitszeit oft sehr ausgedehnt ist, hätten auch in dieser Beziehung einen besonderen Schutzes bedurft.)

Der Abschluß des Manteltarifes ist insofern als ein kleiner Erfolg zu buchen, als in den letzten 15 Monaten ein tarifloser Zustand bestand. Die Hausangestellten, die verhältnismäßig noch schwach gewerkschaftlich organisiert sind, können diesen Teilerfolg des Gesamtverbandes zur Werbung für ihn gut nützen. Heinrich Laus.

Hessen-Landtag lehnt die NS-Wünsche ab.

K. Sch. Darmstadt, 19. April.

In der heutigen außerordentlich stark besuchten Sitzung des hessischen Landtages standen die NS-Anträge zur Beratung: 1. Aufhebung des SA- und SS-Verbots; 2. im Falle der Ablehnung dieses Antrages Ausdehnung des Verbots mindestens auch auf „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“; 3. Protest gegen angeblich zu scharfe Polizeimaßnahmen bei Durchführung des Verbots in Hessen; 4. Landtagsauflösung (die hatten auch die Kommunisten beantragt). Alle übrigen von der KP eingebrachten Anträge wurden nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der „Kampf“ hierum kostete der KP die Ausweisung zweier Abgeordneter aus dem Saal.

Ausgerechnet der durch die Bocksheimer Dokumente berüchtete Dr. Best versuchte, die Daseinsberechtigung der SA und SS damit zu erklären, daß sie für den Frieden (!) und für die Sicherheit (!) Sorge getragen hätten. Die hessische Schutzpolizei bezeichnete er demgegenüber als Prätorianergarde.

Der KP-Redner vertrat die kommunistische Ansicht, daß es sich bei dem Verbot um eine Wahlbombe für SP und NSDAP handele und daß zwischen diesen beiden Parteien nicht einmal ein gradueller Unterschied bestehe. Im übrigen gab er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Entscheidung: Barbarei oder Sozialismus? in unmittelbare Nähe gerückt sei.

Der SAP-Redner sprach von der durch das Verbot erneut in die Arbeiterschaft getragenen Verwirrung. Er vertrat den Standpunkt, daß der heutige Staat, gestützt auf den HINDENBURG-Sieg, offenbar die SA- und SS-Formationen noch nicht nötig habe.

Der sozialdemokratische Innenminister LEUSCHNER, umgeben von einigen Stößen beschlagener SA- und SS-Akten, führte daraus Beispiele zur Rechtfertigung des Verbots an. Er fragte die NS, inwiefern Blinkgeräte, Brieftauben, Flugzeugführer, Motorradfahrer, die „immer bereitzuhaltende Benzinflasche und Streichhölzer“ zum Versamm-

lungsschutz nötig seien. Er wies auf die Vorbereitung für illegales Weiterbestehen der SA hin, z. B. sollte in Mainz für den Verbotfall der Gesangsverein „Fidele Brüder“ gegründet werden. Ferner sei die Bespitzelung der Polizei, die Anfertigung von Kasernen-Skizzen, die Anleitung von Beamten zum Verrat von Dienstgeheimnissen erwiesen. Sogar der Geheimschlüssel für die Funkprüche der Polizei sei der SA und SS bekannt gewesen.

Der Gau- und Fraktionsführer der NS, LENZ, gab zu, daß SA und SS militärisch organisiert gewesen seien, und daß „eiserne Disziplin“ geherrscht habe. Aber jeder hätte auch den „Marschallstab im Tornister“ getragen.

In der Abstimmung wurden alle NS- und KP-Anträge mit Mehrheit gegen NS und Landvolk, der Auflösungsantrag außerdem gegen KP und SAP, abgelehnt und der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt.

1 400 000 preußische Wohlfahrtsempfänger

Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamts vom 31. März 1932 sind in Preußen 1 414 590 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt worden. So ergibt sich im März eine Zunahme um 85 206 Wohlfahrtserwerbslose oder 6,4 Prozent. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 37,1 Wohlfahrtserwerbslose.

Beendigung des Brüxer Bergarbeiterstreiks.

Brüx, 19. April.

In der am Dienstag erfolgten Revierkonferenz der Bergarbeiter, empfahlen die kommunistischen Berichterstatter mit Rücksicht auf den Abfall des Teplitzer Reviers aus der

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 21. April.

Breslau: 22.45 JOS. TREUTLER: Aus dem Aufgabengebiet der Arbeiter-Esperantisten.

Langenberg: 19.15 Aus den „Chemischen Briefen“ von JUSTUS VON LIEBIG.

Königswusterhausen und Wien: 20.15 Europäisches Konzert aus Kopenhagen.

Moskau (Wellenlänge 1304 m und 1481 m): 20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 22. April.

Hamburg: 16.00 DR. WEYGOLD: Meine Erlebnisse auf der Tibet-Expedition.

Königswusterhausen: 18.30 VON RICHTHOFEN-BOGUSLAWITZ: Extensive und intensive Landwirtschaft, zwei Schlagworte und ihr Inhalt. 19.30 MIA-BAT JOACHIM: Aus der Praxis des Arbeiterrechts. Leipzig: 22.40 Ausgewählte Fabeln für Sopran und Cembalo von J. S. BACH.

München: 18.45 DR. JUL. MARCUSE: Moden und Methoden der Heilkunde.

Wien: 19.35 Konzert der Staats-Akademie für Musik und bildende Kunst.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m): 20.00 LENIN-Abend.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 22/29.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Als Ergänzung unserer Artikel-Serie über

Sowjet-Rußland

empfehlen wir die Lektüre folgender im „ISK“ veröffentlichten Aufsätze:

HELLMUT KAUSCHENPLAT:

Das Wirtschaftsprogramm des ISK und Sowjet-Rußland.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Die Todesgefahr des Sozialismus in Rußland.

Einige Lehren der russischen Revolution.

Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.

Wohin treibt Sowjet-Rußland?

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig ausschließlich Porto.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Apfelsaft

naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme

!!! Tadellosere Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.

Telephon: 25 53 47

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen, Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Wird abonniert!
Sammelt Anzeigen!
Gehört bei Einkäufen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, esüher und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.

35 Seiten.

Geheftet 0,45 Mark.

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:

„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten NELSONS zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorübergehen.“

„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten‘, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“

„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Aus dem Reich der Kirche.

Ein verirrtes Schäfchen.

Kirchliche Ideale.

Ein Freidenker-Genosse erhielt in schwerer Krankheit, kurz vor seinem Tode, von dem Pfarrer des Dorfes einen Brief, dem wir die folgenden erbaulichen Ausführungen entnehmen:

„...Tage des Leidens haben Sie. Das Wort des Propheten JESAJA spricht davon: „Die Tage Deines Leidens sollen ein Ende haben.“ Unter den Tagen des Leidens versteht JESAJA nicht die Tage von Krankheit und körperlichen Leidens. Daß diese ein Ende nehmen, dazu gehört keine große Klugheit. Ein Blick in die Zeitung lehrt uns das auch. Aber ich hoffe, daß Ihre Not vor Gott in diesen Tagen des Leidens Sie zum Gebet treibe, daß Sie gebeugt unter Gottes Gericht Seine Hand spüren und den Gottes Weg schauen. Die Tage des Leidens kennt der, der „von Gott ergriffen“, um die Gerechtigkeit Gottes zu ringen genötigt ist, der im Gefühl der Schuld vor Gott, von der Furcht vor Gott und der Angst des Gewissens so gepackt ist, daß er nicht mehr weiß, wo aus noch ein. Sehen Sie, diese Tage des Leidens haben ein Ende, wenn er dazu genötigt ist, aufzuschauen, sein Augenmerk zu richten auf das, was Gott in Jesu getan und geopfert hat. Da hat sich Gott ganz tief in unser Elend hinabgebogen, hat sich unser Herz bemaßigt und Jesum geopfert, damit so ein verirrtes Schäfchen wie ich es bin, aus aller Gewalt des Todes und des Teufels herausgerettet werden könnte. Das ist Arznei, wenn der Sohn sich ganz tief in meine Gottlosigkeit gebeugt hat, meine Krankheit auf sich genommen und durch sein: „Es ist vollbracht“ mir den Himmel aufgeschlossen, mir einen verhöhten Vater geschenkt hat aus lauter Erbarmen zu dem verlorenen Geschöpf. Sehen Sie, in Ihm haben die Tage des Leidens ein Ende; in Ihm ist meine Schuld getilgt. Ohne Ihn haben diese Tage des Leidens kein Ende, dauern sie bis in Ewigkeit. Das ist die Hölle, keinen verhöhten Vater, keine Vergebung der Sünden haben, das zeigt uns die Geschichte vom reichen Mann und armen Laza-

rus. Ich halte Ihnen ein Wort Gottes vor Augen: „Wer an Ihn glaubt, der wird nicht gerichtet, wer aber nicht glaubt, der ist schon gerichtet, denn er glaubt nicht an den Namen des eingeborenen Sohnes Gottes“, d. h. des Sündenheils, des Arztes der vor Gott Kranken. Ev. Joh.: 3, 18.

Sollten Sie angesichts dieses Wortes gebeugt und zum Stoßseufzer genötigt werden: „Herr Jesu, erbarm Dich mein, dann ist dem Leiden und seinen Folgen die Macht gebrochen zur Freude Gottes, Seines Sohnes und des ganzen Himmels.

Indem ich Ihnen wünsche, daß solche Gnade Ihnen geschenkt, dem Sohne und der Wahrheit die Ehre zu geben, verbleibe ich Ihr Lauf.“

Es sind stumpfe Waffen, mit denen dieser Pfarrer ficht. Aber er versteht es, sie im Kampf gegen die Freiheit des Denkens und das Bewußtsein um die eigene, auf keinen Gott und keinen Erlöser abschleppbare Verantwortung einzusetzen, wenn die Widerstandskraft eines Menschen geschwächt ist. Das sind die Methoden der Kirche: Kinder und Kranke ihren Dogmen zu unterwerfen. Wer würde ihr sonst folgen?

Reiche Seelen.

Nach einer vom evangelisch-lutherischen Landeskirchenrat in Bayern r. d. Rh. bearbeiteten kirchlich-statistischen Tabelle umfaßte die evangelische Kirche in Bayern r. d. Rh. Ende 1930 1 611 461 Seelen; davon entfallen auf den Kirchenkreis München 290 865 Seelen, auf den Kirchenkreis Ansbach 727 010 und auf den Kirchenkreis Bayreuth 593 586 Seelen.

Von den im Jahre 1930 vollzogenen Ehen wurden 10 803 von Evangelischen mit Evangelischen geschlossen. 4889 Ehen wurden zwischen Evangelischen und Nichtevangelischen geschlossen und davon 2024 evangelisch eingeseget.

Durch Konfessionswechsel sind 1569 erwachsene Personen in die evangelische Kirche eingetreten. Aus der evangelischen Kirche ausgetreten sind 2215 Personen, davon haben sich 870 der freireligiösen Gemeinde bzw. den Freidenkern und 699 keiner religiösen Gemeinschaft angeschlossen.

Im Jahre 1930 sind der evangelischen Kirche in Bayern an Gaben, Geschenken und aus öffentlichen Sammlungen insgesamt an 5,4 Millionen Mark zugeflossen, d. i. 3,39 Mark auf den Kopf der Seelenzahl.

Die Kirche profitiert überall!

Mißbrauch der bayerischen Osthilfe.

H. Lt. Innenminister STÜTZEL berichtete vor kurzem im Bayerischen Landtag:

Bayern erhielt vom Reich in den Jahren 1927 bis 1931 aus Osthilfemitteln 6,45 Millionen Mark. Hiervon wurden verwendet für

Anschlag auf den spanischen Innenminister.

p Madrid, 19. April.

Der zur Zeit in Sevilla weilende spanische Innenminister QUIROGA wurde am Dienstag, als er sich auf einem Motorboot zur Beschäftigung der Stromregulierungsarbeiten auf dem Guadalquivir einschiffte, von einem Mann in Arbeiterkleidung angefallen. Der Täter versuchte den Minister mit einem schweren Hammer niederzuschlagen. Der Schlag verfehlte aber sein Ziel und traf den neben dem Minister stehenden Gouverneur von Sevilla, der durch den Hammer an der Schulter getroffen und leicht verletzt wurde. Der Attentäter konnte sofort festgenommen werden. Es handelt sich um einen Arbeitslosen, dessen trostlose Lage ihn zu diesem unmittelbaren Protest gegen die Staatsgewalt getrieben hatte.

Simmat über seine Wahlmanöver.

1930 gewöhnliche Einbürgerungen.

h Kowno, 19. April.

Vor Pressevertretern erklärte der Memeler Landespräsident SIMMAT, daß auf seine Veranlassung in jüngster Zeit 6000 Großlitauer in Memel eingebürgert worden seien. 80 Prozent von ihnen hätten bereits über ein Jahr in Memel gewohnt.

Da nach dem Gesetz für die Einbürgerung in Memel Anwärter auf die memelländische Bürgerschaft mindestens ein Jahr in Memel gewohnt haben müssen, so läßt sich aus SIMMATS Erklärung entnehmen, daß er in 20 Prozent seiner Einbürgerungsfälle, also bei 1200 Personen, gesetzwidrig vorgegangen ist.

In Kreisen der Unterzeichnermächte ist man der Meinung, daß die Masseneinbürgerung möglicher Weise zu einer Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen führen würde.

Mein Verein.

Gott sei Dank, der Artikel 124 der Reichsverfassung ist noch nicht außer Kraft gesetzt. Alle Deutschen haben nach wie vor

das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden.“

Von diesem Recht macht man fleißig Gebrauch. Ich blättere gerade in dem neu erschienenen Kölner Adreßbuch. Was es da alles gibt. . . Wenn ich es nicht schwarz auf weiß vor mir sähe, ich würde es nicht glauben:

Elf Kanarien- und Kaninchen-Zuchtvereine, sogar einen Kanarien-Preisrichter-Verein.

Auch für die Hunde wird gesorgt: Es gibt nicht nur einen Polizeihund-Verein, sondern deren drei, außerdem einen Windhund-Rennverein, einen Klub für Dachshunde und einen Doherrmannpischer-Verein. Ob der Klub für Dachshunde wirklich nur für Dachshunde ist oder auch für deren Besitzer? Natürlich, die Besitzer der Dachshunde treffen sich hier. Und sie halten Reden, sehr wichtige Reden, etwa so:

„Meine Damen und Herren; wir haben vom Deutschen Doggen-Verein, Gruppe Köln, einen Brief erhalten, wonach wir zu einer Hunde-Ausstellung eingeladen werden. Aber, meine Damen und Herren, ich meine, wir lassen die Doggen unter sich, denn die edle Rasse der echten Dachshunde. . .“

Und dann gibt es einen Schriftführer, einen Kassierer und Debatten über die Beitragshöhe. — Mein Verein ist ein kleiner Verein!

Allein einhundertunddreißig Gesang- und Musikvereine sind im Kölner Adreßbuch verzeichnet. (Es gibt sicher mehr!) Da gibt es einen Männergesangverein Waldesrausch, den Gesangverein des rechtsrheinischen Lokomotivpersonals Köln; da gibt es den Männergesangverein „Orpheus“ und den Verein „Orpheus“ (gegründet 1871), und nur drei Gesangvereine „Germania“.

Was meint ihr nach dieser Einleitung, wieviel Vereine in Köln gibt? Eintausendachtundzweundsiebzig. Ob wohl der Zentralverband deutscher Lotteriespieler (e. V.) mit dem Deutschen Spiritisten-Verein in Verbindung steht? Wegen der spiritistischen vorherigen Feststellung der glückbringenden Lotterienummern? Aber das ist verboten!

2 Bayrische Urteile gegen katholische Priester.

H. Lt. Ein Münchener katholischer Stadtpfarrer wurde vor kurzem zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt, weil er ein Brautpaar getraut hatte, obwohl er wußte, daß die Ziviltrauung nicht vorhergegangen war.

Wir sind mit der Bestrafung solcher Priester durchaus einverstanden, gilt es doch, die Macht der Dunkelmänner im öffentlichen Leben zu brechen. Das Urteil des Gerichts ist hierfür doch viel zu milde.

Dieser Fall hat eine Vorgeschichte, die zu einem anderen Bedenken Anlaß gibt.

Das Standesamt hatte die Trauung verweigert, weil ein gesetzliches Ehehindernis vorliege. Die Mutter der Braut hatte, um die Heirat zu hintertreiben, mitgeteilt, der Bräutigam habe früher einmal ein Geschlechtsverhältnis mit ihr unterhalten. Die Braut erwartet bereits das zweite Kind. Es ist nicht einzusehen, warum das Gesetz keine Befreiung von dem Verbot einer solchen Ehe zuläßt.

Zum Schluß noch ein paar ganz feine Vereine: Die Marianische Kongregation verheirateter Herren gebildeter Stände (das sind nicht die Herren gebildet, sondern die Stände); dann hören wir noch von der Existenz des Postfrauen-Vereins und des Eisenbahn-Frauenvereins (Vorsitzende: eine Frau Reichsbahn-Direktions-Präsidentin), und schließlich nenne ich noch den Verein zur Ausstattung jüdischer Bräute. —

Es ist ein Glück, daß Artikel 124 der Reichsverfassung noch nicht außer Kraft gesetzt ist. Walter Fließ.

Der Marsbewohner.

„... Ihr Volk leidet unter einer finanziellen Krise, nicht wahr?“, fragte der Reisende vom Mars. „Weshalb?“

Der Erdbewohner zuckte mit den Schultern. „Unter riesigem Elend“ bekannte er mit schuldbewußter Miene.

„Haben die Menschen keine Nahrung, oder weshalb?“, fragte der Weltraumreisende.

„Ganz und gar nicht — es gibt zu viel Lebensmittel, wirklich!“

„Es gibt also zu wenig Arbeitskräfte, nehme ich an?“

„Oh nein, Unmassen von Arbeitslosen.“

„Hm. Die Welt ist also zu Ende geschaffen. Blieb keine Arbeit mehr, die getan werden kann?“

„Zu Ende geschaffen! Um Himmels willen! Wir stehen erst am Anfang.“

Der Marsbewohner kratzte seinen Kopf. Er lächelte: „Ach! Ich verstehe; zweifelloso mangelt es an Geld.“

„Nein! Im Gegenteil! Die Welt birgt vor Geld.“

„Nun, Sie erzählen mir“, sagte der Besucher vom anderen Planeten, „daß eine Wirtschaftskrise besteht, obwohl es in der Welt eine Unmenge von Geld, von Nahrungsmitteln, von notwendiger Arbeit gibt und noch viel zur Vollendung der Welt zu tun bleibt. Nicht wahr?“

„Ja, so ist es in der Tat!“

„Verzeihen Sie“, sagte der Marsbewohner, „ich habe immer

katholische Jugendheime . . .	81 000 Mark
evangelische Jugendheime . . .	80 000 Mark
ein katholisches Studienseminar . . .	250 000 Mark
evangelische Schülerheime . . .	60 000 Mark
katholische Kultusbauten . . .	225 000 Mark
evangelische Kultusbauten . . .	55 000 Mark
Summe	701 000 Mark

Von den 280 000 Mark, die für katholische und evangelische Kultusbauten verausgabt wurden, entfielen 132 000 Mark auf den Bau von Kirchen.

STÜTZEL versicherte: „Bei dieser Sachlage kann nicht die Rede davon sein, daß ein übermäßig großer Teil der Osthilfemittel für konfessionelle Zwecke und namentlich für Kirchenbauten verwendet worden wäre.“

Wir erklären: Jeder Pfennig, den der Staat — und noch dazu auch aus Mitteln steuerzahlender Dissidenten — an diese Bevormundungsanstalten gibt, ist ein „übermäßiges“ Geschenk!

Bayern steht mit diesem Mißbrauch nicht allein. Wie wir vor einigen Wochen meldeten, spendete das Reich aus Mitteln der Osthilfe 200 000 Mark für die Errichtung des erzbischöflichen Knabenkonvikts in Gleiwitz (Oberschlesien).

Protest gegen die Bevorzugung der Kirchen im Rundfunk.

h Berlin, 15. April.

Im preußischen Landtag hat Abgeordneter KIRCHMANN (SPD) folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Nach einer Mitteilung des Volkskunk hat das Reichsinnenministerium allen Sendestellen des deutschen Rundfunks untersagt, freidenkerische Darbietungen irgendwelcher Art in das Programm aufzunehmen.“

Nach der fraglichen Notiz sollen Anfragen unbeantwortet geblieben sein. Ein sachlicher Grund für das Verbot ist nicht angegeben. Durch das Verbot werden auch sämtliche freidenkerischen Rundfunkhörer in Preußen betroffen.

Die Sonntage werden, obwohl ein großer Teil der Bevölkerung den Kirchen ablehnend oder gleichgültig gegenübersteht, im Rundfunk lediglich zur Übermittlung religiöser Feiern benutzt.

Ich frage das Staatsministerium: 1. Was gedenkt es zu tun, um die im Art. 135 der Reichsverfassung allen Staatsbürgern gewährte volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zu gewährleisten? 2. Ist das Staatsministerium bereit, auf die Reichsregierung einzuwirken, damit dieses unerhörte und grundlose Verbot schleunigst aufgehoben wird?“

Wir begrüßen den seltenen Fall, daß ein SP-Abgeordneter einmal für die Rechte der Freidenker eintritt.

Der katholische Benefiziat FRANZ BENEDIKTER war Eigentümer eines Hauses in Sonthofen (Allgäu). Das Haus war überschuldet und sollte auf Antrag der 74jährigen Witwe GEBHARD zur Zwangsversteigerung kommen. BENEDIKTER drohte, er werde sie durch ein „Eingesandt“ im „Allgäuer Anzeigblatt“ bloßstellen, wenn sie ihren Antrag nicht zurücknehme. Die Zeitung lehnte die Aufnahme des „Eingesandt“ ab. Die Kemptener Strafkammer verurteilte jetzt den Geistlichen wegen versuchter Erpressung zu einem Monat Gefängnis. Da ihm aber bei Verbüßung der Strafe der Verlust seiner Stellung drohe, bewilligte das Gericht bedingten Straferlaß gegen Entrichtung einer Buße von 100 Mark. — Solche Schonung hat der katholische Geistliche nicht verdient!

inmitten eines Volkes mit gesundem Verstand gelebt — ich ziehe es vor, von hier abzureisen. Ihr Menschen scheint mir blödsinnig. Ich staune nur, daß sie sich in Verlegenheit befinden, wie sie leben sollen. . .“

Unverweilt schiffte er sich auf dem ersten Zwischenstern-Acroplan ein, um nach Hause zurückzukehren. (Übersetzt aus dem „Lernauto“).

Deutschland, von einem Engländer gesehen.

Die meisten der unzähligen Menschen mit vorrückten Ideen in Deutschland gehören zur HITLER-Bewegung oder sind in deren Schlingen und finden eine Plattform zur Darlegung ihrer verschiedenen überspannten Ideen in einem Schwung von Zeitungen und Zeitschriften wie „Die Tat“ und „Der Ring“. Diese Zeitschriften sind in einer handfesten Sprache geschrieben, die jeder Übersetzung in andere Sprachen Trotz bietet. Diese Sprache ist verursacht durch eine Art von geistigen Verdauungsbeschwerden, die, wo sie stärker auftreten, den daran Leidenden zu Irrsinnstagen hinreißen. . . Da Menschen, die um eines sogenannten Ideals willen Verbrechen begehen, in Deutschland gute Aussicht haben, mit einer leichten Strafe davonzukommen (außer wenn ihr Ideal Kommunismus, Sozialismus oder Demokratie ist), sind verrückte Ideen gefährlicher Art dort eher er- als entmutigt. (Aus einem Bericht des Berliner Berichterstatters des „Manchester Guardian“).

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!

H. L. Das „Pöbnecker Händlerblatt“ brachte kürzlich folgende Anzeige:

„Erwerbslose finden Dauerverdienst durch Alleinvertrieb des Monatsblattes: „Der Gottesbote“ im eigenen Wohnungskreis. Selbstkosten 2 Pf. Verkaufspreis von Tür zu Tür 10 Pf. Jeden Monat neu illustrierte Nummer. (Viele Pfarrerempfehlung.“)

Ob die Pfarrer wohl auch solch gutes Geschäft mit ihrer Frömmigkeit machen?

Das Problem der Rembourskredite.

Ein Beispiel planwirtschaftlicher Schwierigkeiten.

Was ist ein Rembourskredit?

Es mangelt in Deutschland an Devisen, zum Beispiel zur Bezahlung der Einfuhrwaren. Im Stillhalteabkommen mit den Gläubigerländern ist festgelegt worden, daß Kredite in Deutschland weiter stehen gelassen werden. Dazu gehören auch in einem genau festgelegten Ausmaß die sogenannten Kreditlinien für Rembourskredite. Ein Rembourskredit ist ein Kredit, der von ausländischen Banken eingeräumt wird, um die Einfuhr nach Deutschland zu erleichtern. Dies geschieht meist in der Weise, daß der deutsche Geschäftsmann, der die Waren einführt, einen Wechsel auf seine deutsche Bankverbindung zieht. Die deutsche Bank akzeptiert den Wechsel, wodurch sie sich zu dessen Einlösung verpflichtet, und gibt ihn weiter an die ausländische Bank, die eigentliche Kreditgeberin (im Rahmen des vereinbarten Höchstbetrags, der sogenannten Kreditlinie). Die ausländische Bank zahlt dann den Rechnungsbetrag an den ausländischen Warenlieferanten. Am Fälligkeitstage des Wechsels erhebt sie den Wechselbetrag bei der deutschen Bank, die inzwischen den Betrag von ihrem Kunden, dem Einfuhrkaufmann, erhalten hat.

Der Wunsch der Devisenbewirtschaftungsstelle.

So wie die Verhältnisse heute liegen, ist es wichtig, daß diese Kreditlinien für Rembourskredite von den deutschen Geschäftsleuten möglichst ausgenutzt werden. Denn wenn das nicht geschieht, müssen entweder neue Kredite gesucht werden — was nicht leicht ist —, oder der Devisenbestand der Reichsbank wird weiter sinken. Es ist deshalb richtig, daß die Devisenbewirtschaftungsstelle darauf dringt, die Kreditlinien auszunutzen.

In dem Schreiben der Devisenbewirtschaftungsstelle, das Anfang April den Geschäftsleuten die Herabsetzung ihrer Devisenansprüche auf 55 Prozent der angeforderten Beträge mitteilte, heißt es daher:

„Von den für die deutsche Einfuhr auch jetzt noch zur Verfügung stehenden Kreditmöglichkeiten, zu deren Aufrechterhaltung die ausländischen Gläubiger sich in dem Stillhalteabkommen ausdrücklich verpflichtet haben, ist bisher durchwegs nicht in vollem Umfang Gebrauch gemacht worden. Auf die volle Ausnutzung dieser Kreditmöglichkeiten muß aber im Hinblick auf die angespannte Devisenlage ausschlaggebender Wert gelegt werden. Von den deutschen Importfirmen, deren größter Teil erfahrungsgemäß stets mit solchen Krediten gearbeitet hat, muß daher verlangt werden, daß sie zur Entlastung der Devisenlage auch jetzt diese Kredite in Anspruch nehmen.“

Planwirtschaftsstelle gegen Planwirtschaftsstelle.

Aber nun ergeben sich Schwierigkeiten, die es dem vorsichtigen Geschäftsmann fast unmöglich machen, solche Rembourskredite in Anspruch zu nehmen. Denn der Kreditnehmer muß sich ja bei Inanspruchnahme des Kredits überlegen, wie er den Rembourswechsel in zwei oder drei Monaten einlösen soll. Wendet er sich an die zuständige Reichsbankstelle, so erfährt er, daß man eine Zusage auf Bereitstellung der Devisen für diesen Zeitpunkt heute noch nicht machen kann. Ja, mehr: Die Reichsbankstelle rät ab, Rembourskredite in Anspruch zu nehmen, weil sie darin empfindliche Gefahren für den Kreditnehmer erkennt. Denn wer weiß, wieviel Mark in drei Monaten notwendig sein werden, um beispielsweise 200 englische Pfund zu beschaffen? Wenn die Mark inzwischen fällt, so braucht man mehr Mark zur Beschaffung dieses Betrages, als sich heute voraussehen läßt. Wenn das englische Pfund inzwischen steigt, so ist die Sache die gleiche. Die Inanspruchnahme von Rembourskrediten ist also heute mit einer Devisenspekulation verbunden. Von einer solchen rät aber die Reichsbank und jede gute Privatbank oder Großbank dem Warenkaufmann heute dringend ab.

Es ergibt sich also folgender Zustand:

1. Die Devisenbewirtschaftungsstelle (Planwirtschaftsstelle Nr. 1) rät dem Einfuhrkaufmann zur Inanspruchnahme von Rembourskrediten.
2. Die Reichsbank (Planwirtschaftsstelle Nr. 2) rät dem Einfuhrkaufmann ab von der Inanspruchnahme solcher Rembourskredite.
3. Die Dresdner Bank (Planwirtschaftsstelle Nr. 3) rät ebenfalls ab von der Inanspruchnahme der Rembourskredite. Denn sie ist es ja, die in Schwierigkeiten kommt, wenn sie die Devisen zur Einlösung der von ihr akzeptierten Wechsel nicht erhält.

Nur der leichtsinnige Kaufmann . . .

Diese Verhältnisse zeigen, wie schwierig solch eine planwirtschaftliche Regelung ist. Man kann die private Devisenbeschaffung verbieten. Man kann planwirtschaftlich Kreditzusagen beschaffen. Wenn man dann aber den privaten Kreditnehmern die Möglichkeit geben will, diese Devisenkredite in Anspruch zu nehmen, dann muß man ihnen auch planwirtschaftlich die Sicherheit geben, daß sie am Fälligkeitstage erstens die Devisen überhaupt kaufen können, und zweitens zu einem Kurse, der sich voraussehen läßt, so daß der Kaufmann mit ihm rechnen kann.

Diese beiden Bedingungen werden heute nicht erfüllt. Die Devisenbewirtschaftungsstelle macht keine Zusage über die Zuteilung von Devisen in zwei bis drei Monaten. Sie kann dies auch kaum tun bei der unübersichtlichen Lage der Einfuhr. Außerdem gibt es bei der heutigen Form der Devisenplanwirtschaft keine Möglichkeit, sich einen bestimmten Einkaufskurs für den späteren Einkaufstag der Devisen zu sichern.

Bei freier Devisenwirtschaft gibt es einen Devisenterminhandel. Der Kaufmann kann dann bereits heute englische Pfunde per Ende Mai oder Mitte Juni kaufen. Ein Kaufmann, der heute einen Wechsel in englischen Pfunden unterschreibt, den er am 15. Juni einlösen muß, deckt sich dann heute bereits in den englischen Pfunden ein, die er an diesem Tage braucht. Er bezahlt zwar diese englischen Pfunde erst am 15. Juni. Er bekommt sie auch erst an diesem Tage. Aber er weiß heute schon, daß er sie dann zur Verfügung hat. Und er weiß heute schon, was sie ihm kosten.

Solange die Devisenbewirtschaftungsstelle eine ähnliche Möglichkeit der Devisenbeschaffung für einen späteren Zeit-

punkt nicht eröffnet, hat die Mahnung an die Kreditnehmer zur Inanspruchnahme von Rembourskrediten nur einen geringen Wert. Damit verliert aber das ganze Stillhalteabkommen seinen Zweck. Die in dem Abkommen vereinbarten Kredite werden nur von Firmen in Anspruch genommen, die entweder leichtsinnig sind oder die sich in der Zwangslage befinden, die an der Grenze liegenden Einfuhrwaren bezahlen zu müssen, wozu sie mangels Zuteilung von Devisen jetzt nicht imstande sind. Die Rembourskredite an solche Firmen sind aber eine Verlustgefahr für Reichsbank und Privatbank.

Das planwirtschaftliche Entweder-oder.

Wenn wir es auch im allgemeinen vermeiden, unsere Leser mit banktechnischen Auseinandersetzungen zu belasten, so erscheint uns dies Beispiel doch wichtig genug, um es darzustellen. Es zeigt wieder einmal die Schwierigkeiten planwirtschaftlicher Regelung:

Entweder: es wird alles planwirtschaftlich geregelt. Dann besteht — ganz abgesehen von Fehlern und Lücken — die Gefahr der Bürokratisierung und der Vernichtung jeder Initiative. Bei lückenloser Devisenplanwirtschaft besteht die Gefahr, daß der gesamte deutsche Ausfuhrhandel durch die plumpen Eingriffe der Bürokratie vernichtet wird.

Oder es werden absichtlich gewisse Gebiete aus der planwirtschaftlichen Regelung herausgelassen. Dann besteht die Gefahr, daß von diesen Lücken aus das ganze Plansystem gestört wird.

Im Falle der Devisenwirtschaft: Man hat im Devisenzwangssystem eine Lücke gelassen für die Inanspruchnahme von Rembourskrediten, weil man den Einfuhrkaufleuten, die nicht den notwendigen Devisenbetrag zugeteilt bekommen, einen Ausweg lassen will. Aber das genügt nicht. Entweder muß man die Einräumung und Abdeckung der Rembourskredite ebenfalls planwirtschaftlich regeln; dann verschwindet die absichtlich offengelassene Lücke in der Devisenplanwirtschaft. Oder man muß für die Einlösung der Rembourswechsel den Weg der freien Devisenbeschaffung gestatten und einen Devisenterminhandel einrichten; dann wird die gesamte Devisenplanwirtschaft über den Haufen geworfen.

. . . oder Marktwirtschaft!

Die hier aufgezeigten Schwierigkeiten sind durchaus typisch für jede Art von Planwirtschaft. Darum empfehlen wir immer wieder, alles zu tun, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die planwirtschaftlichen Eingriffe möglichst schnell abgelöst werden und das Spiel der freien Kräfte wieder oder überhaupt erst hergestellt wird. Auf dem Gebiet der Devisenwirtschaft erfordert dies, alles zu tun, daß das ungesunde System der Hochschutzzölle für schwerindustrielle und großagrarische Produkte so schnell wie möglich ersetzt wird durch eine Handelspolitik, die einen gesunden Austausch zwischen deutschen Exportwaren und Importwaren wieder herstellt, sicherstellt und da, wo er bis heute unmöglich ist, möglich macht. Solange eine solche Handelspolitik nicht betrieben wird, muß die Devisenbewirtschaftung zu immer neuen Schwierigkeiten führen und steigendes Risiko für den Einfuhrkaufmann mit sich bringen. Die Folge davon ist eine Abrosselung der Einfuhr und eine steigende Verteuerung aller eingeführten Produkte. Soweit es sich dabei um Rohstoffe und Fertigerzeugnisse für den Inlandsbedarf handelt, wird dadurch die Massenkauflkraft weiter eingeschränkt. Soweit es sich um Rohstoffe für Ausfuhrprodukte handelt, wird deren Preis verteuert, die Ausfuhr weiter erschwert und dadurch der hereinfließende Devisenstrom noch mehr geschwächt.

Diese Handelspolitik muß schließlich zum Erliegen des gesamten geldwirtschaftlichen Außenhandels führen. Dann ist nur noch ein Außenhandel auf dem Wege des Naturalaustausches möglich. Doch einen solchen wird die Devisenbewirtschaftungsstelle kaum allgemein gestatten, weil hierbei die Verschiebung von Sachwerten ins Ausland fast nicht kontrolliert werden kann.

Der Weg, die Schwierigkeiten des Außenhandels und der Devisenwirtschaft durch vermehrte Planwirtschaft zu überwinden, führt in eine Sackgasse. Der richtige Weg führt über die Abschaffung der planwirtschaftlichen Eingriffe zur Herstellung einer freien sozialistischen Binnen- und Weltwirtschaft.
Werner Hanson.

Polnischer Steinkohlenbergbau unter Staatskontrolle.

Fernwirkungen auf englische Bergarbeiter.

Die Diskussion über die Subventionierung des Exports polnischer Kohle, über die wir bereits berichteten (in Nr. 77), ist nunmehr abgeschlossen. Der polnische Staatspräsident hat am 7. April eine Notverordnung erlassen, durch die die gesamte Kohlenindustrie und -ausfuhr unter Staatsaufsicht gestellt werden. Die Notverordnung ermächtigt insbesondere das Ministerium für Industrie und Handel, die Produktion, die Vorräte und den Absatz sämtlicher Gruben zu kontrollieren, die dem Ministerium alle diesbezüglichen Dokumente vorzulegen haben, — ganze oder teilweise Einfuhr- oder Ausfuhrverbote für die einzelnen Kohlenarten sowohl wie für die einzelnen Gruben zu erlassen, den Inlandsabsatz zu normieren und vor allem auch die Kohlenpreise auf den Inlandsmärkten festzusetzen. Das Ministerium wird weiter ermächtigt, die Unternehmen der Kohlenindustrie und ihre Verbände zum Zwecke der Normierung ihrer Produktion sowie ihres Absatzes im In- und Auslande zusammenzuschließen und diesen Zwangsorganisationen die Bildung von Fonds zur Erreichung dieser Zwecke aufzuerlegen.

Der Regierung liegt vor allem daran, die Aufrechterhaltung des bisherigen Kohlenexports zu sichern. Sie hält das für erforderlich im Interesse der polnischen Devisenbilanz. Der polnische Kohlenexport brachte in den ersten beiden Monaten dieses Jahres nach dem „Deutschen Volkswirt“ einen Erlös von 40 Millionen Zloty; das sind 21 Prozent des gesamten polnischen Ausfuhrerlöses und 90 Prozent des polnischen Ausfuhrüberschusses. Dieser Ausfuhrüberschuß hat gerade hingereicht, um die polnische Devisenbilanz im Gleichgewicht zu halten. So scheint der Regierung mit der Kohlenausfuhr, der Zloty zu stehen und zu fallen. — Bei starkem Rückgang der Kohlenausfuhr würde sich überdies der in Konkurrenz zu Danzig angelegte polnische Ostseehafen Gdingen vor aller Augen als nationalistischer Unfug erweisen; denn von dessen Güterumschlag entfallen 80 Prozent auf Exportkohle.

Die bereits seit langem künstlich überhöhten Inlandspreise sollten, so meinte früher die Regierung, dazu ausreichen, den Gruben den Export billiger Kohlen zu ermöglichen. Tatsächlich beteiligt sich aber ein Teil der Gruben gar nicht an der Ausfuhr, beschränkt sich also darauf, an den hohen Inlandspreisen zu verdienen; der Anteil der exportierenden Gruben am Gesamtprodukt war seit der Pfundentwertung nicht groß genug, um die Exporterlöse zu decken. Verhandlungen unter den Industriellen über eine gleichmäßigere Beteiligung aller Gruben an dem gewinnbringenden Inlandsabsatz und dem — für sich genommen — verlustbringenden Export, blieben ergebnislos.

Durch die eingangs genannte Notverordnung hat der Staat sich die Möglichkeit geschaffen, hier einzugreifen. Er hat sie ausgenutzt und eine Verständigung der Kohlenunternehmungen über die Schaffung eines Exportausgleichsfonds erzwungen. Danach soll die Finanzierung des Verlustexports nach den sogenannten Freilandsmärkten dadurch sichergestellt werden. Eine Unternehmung, deren Export im Verhältnis zu seinem Gesamtabsatz ebenso viel ausmacht wie der gesamte polnische Export im Verhältnis zum gesamten polnischen Kohlenabsatz, zahlt ungefähr ebensoviel Prämie in den Ausgleichsfonds, wie sie Zuschüsse zum Export aus diesem Fonds erhält. Unternehmungen mit verhältnismäßig großem Export erhalten aus dem Fonds Subventionen, die ihre Einzahlungen erheblich übersteigen.

Die inländischen Kohlenverbraucher, letzten Endes also die Massen der Bevölkerung, finanzieren so zum Beispiel den polnischen Kohlenexport nach Skandinavien. Der englische Absatz dorthin ist in den letztvergangenen Jahren stark zurückgegangen. Englische Bergarbeiter sind dadurch arbeitslos geworden. Es wäre nicht schwer, noch mehr internationale Zusammenhänge dieser Art aufzuzeigen. Der traurige Kern des hier erwähnten Zusammenhanges ist jedenfalls: Polnische Proletarier müssen etwas bezahlen, damit englische Bergarbeiter arbeitslos gemacht werden. Rpt.

Kreugers Betrügereien.

Die Enthüllungen im Fall KREUGER sind noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Die kapitalistische Finanzwelt sieht sich von KREUGER, dem Mann „vom bestem Willen und solidster Geschäftsauffassung“ um Millionen betrogen. Die amerikanischen Verluste werden auf 225 Millionen Dollar geschätzt und französische Banken verlieren ungefähr 250 Millionen Franken. Der KREUGER-Skandal übertrifft wohl an Ausmaß alle kapitalistischen Betrügereien und Fälschungen der letztvergangenen Jahre.

KREUGER hat nicht nur, wie wir vor einigen Tagen meldeten, Bilanzen und italienische Staatsobligationen gefälscht. Mit Hilfe von drei Direktoren, die inzwischen verhaftet worden sind, hat er Luftfirmen gegründet und auf diese Weise riesige Gewinne verbucht, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden waren. Bereits im Jahre 1925 wurde die holländische Gesellschaft „N. V. Financieel Mij. Garanta“ in Amsterdam gegründet und in den Büchern von KREUGER & TOLL mit großen Summen belastet, ohne daß sie irgendwelche Deckungen aufzuweisen hatte. — Aus einem Vertrag mit dem früheren spanischen Diktator PRIMO DE RIVERA sind Einnahmen verbucht worden, obwohl Spanien tatsächlich niemals Zahlungen auf Grund dieses Vertrages vorgenommen hat.

Eine englische Zeitung meldet, daß KREUGER auch Erträgen an einflußreiche Privatpersonen gezahlt hat, die den Abschluß von Strohholzmonopolverträgen mit verschiedenen Staaten begünstigt haben.

USA

Beschäftigung und Löhne: Nach einer Statistik des amerikanischen Arbeitsamtes war in verschiedenen amerikanischen Industriezweigen im Dezember 1931 folgende Beschäftigung und Lohnauszahlung in Prozenten von 1926 (Monatsdurchschnitt) zu verzeichnen:

	Beschäftigung	Lohnauszahlung
Holzindustrie	45	31
Eisen- und Stahlindustrie	59	38
Kraftwagenindustrie	62	47
Lederindustrie	72	49
10 Hauptindustriezweige	63	51

Die Lohnauszahlungen sind demnach weit mehr gestunken als die Beschäftigung. Auch in den USA sinkt also die Massenkauflkraft nicht nur durch Arbeiterentlassungen, sondern durch Lohnkürzungen.

Stahlindustrie: Nach einer Zusammenstellung des New Yorker „Index“ sind in der Eisen- und Stahlindustrie der USA 5 Milliarden Dollar Kapital angelegt. Die Zahl der in der Stahlindustrie Beschäftigten wird auf 1,5 Millionen Personen geschätzt. Das sind zuzüglich der Angehörigen 6 Prozent der Bevölkerung der USA. Die Stahlproduktion betrug

1929	56,4 Millionen Tonnen
1930	40,7 Millionen Tonnen
1931	24,9 Millionen Tonnen